

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anstalten
und für den Rest der Postanstalten
abgegeben. — Erscheint werktäglich.
Preis pro Stück 10 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelungspreis: Die Anzeigenpreise
sind für den Anzeiger des Erzgebirges,
den Anzeiger des Erzgebirges,
den Anzeiger des Erzgebirges,
den Anzeiger des Erzgebirges.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 126

Mittwoch, den 3. Juni 1925

20. Jahrgang

Die Entwaffnungsnote beschlossen.

Einstimmigkeit der Botschafterkonferenz.

Paris, 30. Mai. Ueber die Sitzung der Botschafterkonferenz wurde folgendes amtliches Communiqué veröffentlicht: Die Botschafterkonferenz ist heute nachmittags von 3¼ bis 5 Uhr unter dem Vorsitz Jules Cambons zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Marschall Foch und General Deslauriers wohnten der Sitzung ebenfalls bei. Die Botschafterkonferenz hat einstimmig die Note gebilligt, die an Deutschland gerichtet werden soll, sowie die Liste der Verletzungen, die an die Note angehängt werden soll.

Ein Sonderartikel wird morgen, Sonntag, abend von Paris abgehen, um die beiden Dokumente zu überbringen, die wahrscheinlich am Mittwoch nachmittags dem Außenminister Stresemann durch die alliierten Botschafter übergeben werden. Die Veröffentlichung der Note wird zwölf Stunden später erfolgen.

London, 30. Mai. Auch die parallele Aktion, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt, hat sich infolge der Enttarnung, als das englische Kabinett seine Ansichten in einem Memorandum zusammenstellte. London ist also nochmals Paris an, den auf den Westen beschränkten und gegenseitigen Garantiebakt anzunehmen, da England sich auf nichts anderes einlassen könne. Da Frankreich hierauf eingehen wird, wird hier trotz aller offizieller schönen Reden nahezu für

ausgeschlossen gehalten. Die Stimmung bleibt also, soweit der Sicherheitspakt in Betracht kommt, nach wie vor pessimistisch. Interesse verdient unter diesen Umständen die Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand in Genf. Vor einigen Tagen tauchte hier das Gerücht auf, daß Chamberlain sich außer Landes setzen werde, nach Genf zu reisen. Dies wird heute jedoch von Reuters demontiert, demzufolge Chamberlain heute in einer Woche zu der Sitzung des Völkerbundesrates abreisen werde. Eine treffende Charakteristik der jetzigen Lage findet sich heute in der „Nation“ von der Hand des bekannten Pazifisten Norman Angell, der etwa folgendes ausführt: „Sowie irgendein beunruhigendes Ereignis in der Welt eintritt, erhebt sich die öffentliche Meinung der Welt, daß jetzt etwas geschehen müsse, um Ordnung zu schaffen. Die Begeisterung ist groß und die Staatsmänner gehen ans Werk, um irgendeinen Plan fertigzustellen. Aber bis sie damit fertig sind, ist die Stimmung schon wieder verfliegen, und niemand will etwas von Oben wissen, die der gemeinsamen Sache zu bringen sind. So ging es den „Friedenskämpfern“ Annerkas und so geht es auch jetzt. Niemand sage sich, daß ein Preis für den Frieden bezahlt werden muß. Niemand ist zu irgendeinem Opfer bereit. Ohne solche von allen Völkern gebrachten Opfer ist der Friede nicht zu erhalten.“

Internationale Arbeitskonferenz und internationales Arbeitsamt.

Von Dr. Käls, M.D.R.

Seit einiger Zeit laßt in Genf die internationale Arbeitskonferenz. Man kann nicht behaupten, daß die öffentliche Meinung Deutschlands mit besonderem Interesse von dieser Tagung Notiz nähme, und doch handelt es sich bei ihr um eine bedeutungsvolle Einrichtung mit starken Zukunftsmöglichkeiten, so daß es nicht ohne Wert ist, sich über sie näher zu orientieren.

Im Artikel 23 der Völkerbundsakte und im sozialpolitischen Abschnitt des Versailler Vertrages ist eine internationale Arbeitsorganisation als selbstverwaltender Bestandteil der ständigen Völkerbundsrichtungen gegründet worden. Ziel der Organisation ist es, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und den sozialen Frieden zu fördern. Erstrebt wird dieses Ziel zunächst durch Sammlung und Verbreitung von Nachrichten über alle Gegenstände der Sozialpolitik und der sozialen Reform. Zu diesem Zweck besteht ein internationales Arbeitsamt in Genf, das von einem aus 24 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat geleitet wird, von denen 12 Regierungvertreter, 6 Unternehmervertreter und 6 Arbeitervertreter sind. Deutschland ist in diesem Verwaltungsrat mit einem Regierungs- und einem Arbeitervertreter. Für einzelne Teilgebiete der Sozialpolitik bestehen Sonderkommissionen. Außer den ständigen Veröffentlichungen, wie sie in der monatlich erscheinenden „Internationalen Rundschau der Arbeit“ und in dem „Internationalen Arbeitsjahrbuch“ zu erkennen sind, hat das internationale Arbeitsamt auch einige Sonderabhandlungen erscheinen lassen, von denen die wertvollste eine übersichtliche Darstellung der Wohnungsfrage nach dem Kriege in 17 verschiedenen Ländern und das Mittel zu ihrer Lösung ist. Dieses bedeutungsvolle Werk „Das Wohnungsproblem in Europa“ seit dem Kriege“ verdient die weitgehendste Beachtung.

Die internationale Arbeitsorganisation erstrebt ihr Ziel weiterhin durch internationale Förderung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Diesem Zweck dienen jährlich tagende Konferenzen, von denen die jetzt in Genf tagende die siebente ist. Die Mitgliedsstaaten sind auf diesen Konferenzen durch je 4 Delegierte vertreten, und zwar durch 2 Regierungvertreter und je einen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dieses internationale sozialpolitische Parlament ist zuständig zu Vorschlägen für allgemeine sozialpolitische Richtlinien und zu Entwürfen von sozialpolitischen Gesetzgebungen, die dann den beteiligten Regierungen zu gehen. Bekannt geworden ist in dieser Beziehung die Arbeit der ersten Arbeitskonferenz die im Herbst 1919 vier Wochen lang in Washington tagte und sich im wesentlichen mit den Verhältnissen der gewerblichen Arbeiter befaßte und zu dem Washingtoner Arbeitsabkommen führte dessen Annahme über die Lohnung in den Parlamenten der beteiligten Staaten noch manche lebhafteste Aussprache auslösten. An die Arbeiten der Washingtoner Konferenz knüpfen die Genuever Konferenz im Sommer 1921 und die Genfer Konferenz im Herbst 1921 an, welche letztere sich vor allem mit landwirtschaftlicher Sozialpolitik befaßte. Nachdem die vierte Tagung im Herbst 1922 in Genf sich ebenfalls nur mit inneren Organisationsfragen befaßt hatte, griff die fünfte Konferenz im Herbst 1923 unter der starken Beteiligung von 57 Staaten das Problem der Arbeitsaufsicht auf und nahm einstimmig einen Vorschlag über den Bereich der Arbeitsaufsicht, über Aufgaben und Pflichten der Aufsichtsbeamten und über die Durchführung der Aufsicht an. Im Sommer vorigen Jahres befaßte sich die sechste Tagung in Genf unter Vorsitz des inzwischen gestorbenen Schweden Brandt mit der Frage der Mängel der Freiheit der Arbeiter und bereite vor allem die Behandlung derjenigen Fragen vor, deren endgültige Erörterung die jetzt in Genf tagende siebente Konferenz befaßt ist, und deren wesentlichs die Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Arbeiter hinsichtlich der Unfallentschädigung war.

Die Bedeutung der internationalen Arbeitsorganisation liegt darin, daß durch gemeinsame Beforschung wirtschaftlicher und sozialer Probleme die internationalen Zusammenhänge und Gemeinschaftsbeziehungen in dem Rahmen gegenseitiger Verständigung behandelt werden. Der Wert solcher Arbeit wird wesentlich durch nachhaltige Unterstützung der öffentlichen Meinung erhöht werden. Auch Deutschland hat allen Anlaß, diese Arbeiten zu fördern, denn die wirtschaftlichen und sozialen Krisenereignisse der letzten Jahre sind nur eine Erscheinung der großen Nachkriegskrisis, die durch die ganze Welt hindurchgeht, und die letzten Stadien nur durch internationale Zusammenarbeiten gelöst werden können.

Der Eindruck der Rede Gesslers

New York, 1. Juni. „Berath Tribune“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem „Eingeständnis des Reichswehrministers Gessler im Reichstag“ und glaubt, daß dieses die ganze Entwaffnungsfrage vereinfache. Das Blatt legt Gessler „Eingeständnis“ dahin aus, daß Deutschland kein Recht hätte, die Räumung der Äiner Zone zu verlangen. In amtlichen Kreisen stimmt man jedoch mit dieser Auffassung nicht überein. Man glaubt hier, daß Deutschland schon längst abgerüstet habe, und daß die Annahme, es würde Frankreich so wie bedrohen, lächerlich sei. Man ist hier geneigt, anzunehmen, daß die durch die Räumung der Äiner Zone für die französische Ruhrbesetzung etwa entstehenden Schwierigkeiten der einzige Grund für die Nicht-Räumung war. Man glaubt ferner, daß Reichswehrminister Gessler den Weg freigelegt hat für ein Kompromiß unter dem Buch und Rhein zusammen im Augenblick geräumt werden. Die Rede des Reichswehrministers wird fernerhin als eine Annahme verschiedener Punkte der zu erwartenden alliierten Note ausgelegt. Der einzige Punkt, von dem man besondere Schwierigkeiten erwartet, ist die Frage der Dezentralisation der Polizei, der nach Meinung des Blattes von Seiten der verschiedenen Länder, besonders von Bayern, erhebliche Widerstände entgegengeführt werden.

Eine bedeutsame Rede

des französischen Ministerpräsidenten Painlevé.

Paris, 1. Juni. Ministerpräsident Painlevé, der den Präsidenten der Republik auf seiner Reise nach Strassburg begleitet, hielt heute abend bei einem Festessen des Generalrates des Departements Niederrhein eine Rede. Er versicherte den Bewohnern von Elsass-Lothringen, keine Maßnahme solle getroffen werden, ohne daß die Vertreter Elsass-Lothringens vorher gefragt würden. Nächstens werde ein beratender Ausschuss eingesetzt werden, in welchem alle Parteien vertreten sein sollten. Was nottue, sei Stabilität und Sicherheit. Das Elsass zu verteidigen, wenn es jemals bedroht würde, dafür würde Frankreich seine ganze Existenz einsetzen. Das sei kein Wort des Imperialismus oder der kriegerischen Bedrohung. Frankreich wolle nur ein guter Arbeiter für den Frieden sein, für einen guten Frieden, damit es keine Unterdrücker und keine Unterdrückten mehr gebe. Ebenso gefährlich wie blindes Vertrauen sei auch blindes Mißtrauen, durch das ein argwöhnisches Land überall Gefahren und Komplote entdecken könne, sobald es keine Gelegenheit vorübergehen lasse, in die eine beharrliche Negation es einspinne. So beunruhigend auch manchmal die Entwicklung der internationalen Politik sein möge, er könne seinen Glauben an die Zukunft der europäischen Zivilisation betonen. Er wolle das im Elsass tun. Sollte es wirklich wahr sein, daß die Linie, welche Frankreich und Deutschland voneinander trenne, auf immer eine bedrohte Grenze bleiben sollte? Diese Frage beantwortete er mit nein. Der Tag werde anbrechen, vielleicht eher als man glaube, an dem die Völker den Haß, der sie noch trenne, fallen lassen würden, damit sie jedes nach seiner Begabung sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammenarbeiten. Dieser Tag werde

wohltuend über den Gebieten strahlen, an dem ein unbedingtes französisches Elsass in dem wieder veröhnten Europa sein werde

Schnelle Verabschiedung der Zollvorlage.

Während man bis vor kurzem noch glaubte, daß es nicht möglich sein würde, die Zolltarifvorlage vor den großen Ferien zur Verabschiedung zu bringen, steht es nunmehr nach von unterrichteter Seite gemachten Mitteilungen fest, daß die Regierung vom Reichstag die endgültige Entscheidung der Zollvorlage noch vor der Sommerpause verlangen wird, also bis Anfang Juli. In erster Linie handelt es sich darum, die letzten Handelsvertragsverhandlungen an Hand eines vollständigen Zolltarifes so schnell wie möglich durchzuführen. Außerdem soll aber auch das neue Zollgesetz spätestens am 1. September in Kraft treten.

Der Städtetag zum Aufwertungskompromiß.

In einer Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages, die im Anschluß an die Tagung in Köln stattfand, wurde beschlossen, an den Reichstag folgende Drahtung zu richten: „Mit beständig wachsender Besorgnis verfolgt der Preussische Städtetag die Entwicklung der vom Reichstag in der Aufwertungsfrage gepflogenen Verhandlungen. In letzter Stunde erhebt der Preussische Städtetag noch einmal seine warnende Stimme gegen den Versuch, die in jüngster Zeit aufgetauchten Pläne ernstlich zu verwirklichen. Insbesondere widerspricht er nachdrücklich der Absicht, die Gemeindeanleihen anders zu behandeln als die Staatsanleihen, den praktisch in einwandfreier Form nicht lösbaren und für den Kredit der betroffenen Gemeinden verhängnisvollen Vorschlag, die Anleihen der verschiedenen Länder verschieden zu behandeln, und vor allem dem unzulässigen Vorschlag, Schuldscheinanleihen anders zu behandeln als Obligationenanleihen. Er ersucht den deutschen Reichstag auf das dringendste, die abgewagten Pläne aus seinen weiteren Verhandlungen rundweg auszuschließen.“

Finanzskandale ohne Ende.

Nachdem erst in den letzten Tagen eine neue Korruptionsaffäre bei der Schleifischen Kommunalbank in Breslau aufgedeckt wurde, kommt nunmehr aus Siebenbrda die Nachricht von einem Finanzskandal. Der Direktor der Kreissparkasse in Liebenwerda Merres hat das ihm anvertraute Amt in betrügerischer Weise zu großen privaten Geschäften ausgenutzt. Er hat Sparkassenscheine in Höhe von 550 000 Mark gefälscht und unter Hinterlegung dieser Fälsche von zwei gemeinnützigen Kassen eine Summe von 550 000 Mark zu Lasten des Kreises Liebenwerda aufgenommen. Den ganzen Betrag hat Merres dann einer Wurstfabrik in Hagenwalde in Bommern geliehen. Zwar hat die Fabrik eine Sicherheitshypothek an letzter Stelle zugunsten des Kreises auf ihre Liegenschaften eingetragen, aber es kann nach dem augenblicklichen Stande der Sache lange dauern, bis der Kreis Liebenwerda sein Geld wieder erhält, wenn das überhaupt geschieht und nicht der Kreis, um überhaupt etwas zu retten, Aktien der Firma statt des baren Geldes nehmen muß. Im übrigen läuft die Wurstfabrik in Bommern ohns das irgend jemand im Kreise Liebenwerda etwas davon wußte, schon seit Mitte April auf den Namen der Kreissparkasse Liebenwerda.